

Termin im Landesministerium für Justiz

Gespräch mit der Staatssekretärin zur ehrenamtlichen Arbeit des SoVD

Am 26. Januar stand das Ehrenamt unter dem Motto „Ehrenamt ist Ehrensache und aller Ehren wert“ im Fokus des Ministeriums für Justiz des Landes Rheinland-Pfalz. In diesem Rahmen wurde der 2. Landesvorsitzende des SoVD, Jürgen Remmet, zu einem persönlichen Gespräch mit Staatssekretärin Beate Reich und ihrem Referenten, Alexander Ahnelt, eingeladen.

Im Mittelpunkt des informativen Gesprächs über ehrenamtliche Tätigkeiten standen die Arbeit unseres

Verbandes sowie seine Organisationsstruktur.

Die Staatssekretärin zeigte sich im Laufe dieses Gesprächs durchaus erstaunt, dass den ganz überwiegenden Teil der SoVD-Beratungsarbeit ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten – und dass hier in erster Linie qualitativ, jedoch auch quantitativ eine ausgesprochen achtbare Beratungsleistung erbracht wird.

Die ungefähr einstündige Unterredung über den SoVD und das Ehrenamt fand in recht zwang-

Foto links: Der 2. Landesvorsitzende, Jürgen Remmet, sprach mit Staatssekretärin Beate Reich über Strukturen und Arbeit des SoVD.

loser Atmosphäre statt. Sie ließ auch Raum dafür, Verbesserungspotenziale in der weiteren Zusammenarbeit mit den Sozialgerichten aufzuzeigen; um Benennung dieser Potenziale wurde Jürgen Remmet seitens der Staatssekretärin sogar explizit gebeten.

Beate Reich sagte ihre jederzeitige, größtmögliche Unterstützung des Verbandes zu und sprach Jürgen Remmet ihre Anerkennung und ihren Dank für das große Engagement aus, das im wahrsten Sinne des Wortes „aller Ehren wert“ sei.

Das Ehrenamt stand auch am Abend desselben Tages nochmals im Mittelpunkt und erfuhr Wertschätzung.

So fand im Wappensaal des Landtags Rheinland-Pfalz eine Feierstunde statt, in der ehrenamtliche Richterinnen und Richter des Sozialgerichtes Mainz sowie des Landesozialgerichtes Rheinland-Pfalz für ihr Engagement gewürdigt wurden. Zu dieser Feierstunde war auch der 1. Vorsitzende des SoVD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz / Saarland, Richard Dörzapf, als Ehren-gast eingeladen.



Heiner Boegler ist neuer Vorsitzender des Seniorenbeirates Worms

Für die Senioren im Einsatz

Senioren haben oft andere Bedürfnisse als jüngere Bürger. Nöte, derer sich die Jüngeren gar nicht bewusst sind, gehören für sie zum Alltag – etwa Barrieren oder Gefahrenstellen, die das Leben erschweren. Der Seniorenbeirat setzt sich für diese Bedürfnisse ein und ist damit eine wichtige Anlaufstelle für alle älteren Menschen.

Zum dritten Mal wurde der Seniorenbeirat der Stadt Worms im November direkt gewählt. August Ehe scheidet in der kommenden Legislaturperiode aus dem Amt des Vorsitzenden aus. In der konstituierenden Sitzung des neuen Rates lobte Oberbürgermeister Michael Kissel das langjährige und herausragende Engagement Ehes. Er war lange Jahre das Gesicht des Seniorenbeirates.

Zu seinem Nachfolger wurde der Vorsitzende des SoVD-Ortsverbandes Worms-Wonnegau, Heiner Boegler, gewählt. Seine drei Stellvertreter/innen sind Renate Haag, Dieter Ulrich und Marianne Bardong. Neuer Schriftführer ist Erich Kufeld. „Wir wollen in Zukunft noch weitere Akzente setzen“, versprach Boegler. Unter anderem solle die drohende Altersarmut ein Thema sein.

Die Wahlbeteiligung war im November sehr gering ausgefallen. Die Direktwahl sei trotzdem ein wichtiges demokratisches Recht, das beibehalten werden sollte, betonte Kissel. Gleichzeitig würdigte er die Arbeit des Beirates: „Ihre vielen Aktivitäten haben dazu beigetragen, die Stadt lebens- und liebenswerter zu machen.“

In naher Zukunft sollen diese Aktivitäten noch ausgeweitet werden. So beschloss der Stadtrat in seiner letzten Sitzung den Beitritt zum Memorandum „Mitgestalten und mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“. Dieses Memorandum wurde von den kommunalen Spitzenverbänden zusammen mit Vertretern der Bundesländer, der Kirchen, der Verbände der freien Wohlfahrts-pflege, der Sportverbände sowie der

Senioren-Organisationen erstellt. Es soll das bürgerliche Engagement älterer Menschen stärken und sie aktiv in die Kommune einbeziehen. Doch auch sonst gibt es noch einiges zu tun in Worms. Kissels persönlicher Wunsch: der Einbau von Aufzügen in Geschosswohneinheiten, um die Mobilität der Senioren zu erleichtern. Weiterhin soll ein Netzwerk nachbarschaftlicher Dienstleistungen aufgebaut werden.



Foto: Pj G. / fotolia

Seniorenbeiräte setzen sich für die Interessen älterer Menschen beim Leben in der Stadt ein. In Worms verheißt der neue Vorsitz auch neue Akzente.

Kolumne

Grundlegender Umbau des Gesundheitssystems ab 2011

Liebe Freundinnen und Freunde,

Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP enthält für den Bereich Gesundheit wesentliche, mit den Forderungen des SoVD unver-einbare Weichenstellungen. Gleichzeitig bleibt die konkrete Ausgestaltung in weiten Teilen offen und soll einer einzusetzenden Regierungskommission überlassen werden. Die Neuregelungen sollen ab dem Jahr 2011 in Kraft treten und würden einen grundlegenden Umbau des Gesundheitssystems bedeuten.

Der SoVD lehnt den von den Koalitionsparteien geplanten weiteren Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung ab. Künftig sollen die Arbeitgeberbeiträge festgeschrieben und Kostensteigerungen einseitig von den Versicherten getragen werden. Die paritätische Finanzierung ist – neben der Solidarität – das



Herzstück der gesetzlichen Krankenversicherung. Sie abzuschaffen, bedeutet, Arbeitgeber aus ihrer Mitverantwortung für gerechte Arbeitsbedingungen und die gesundheitliche Absicherung der Arbeitnehmer zu entlassen. Unser Verband wird sich massiv gegen die Umsetzung dieser Pläne einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen
Richard Dörzapf
1. Landesvorsitzender

Kosten für barrierefreie Umbauten sind absetzbar

Wer seine Immobilie barrierefrei umbauen muss, kann die Kosten dafür künftig leichter steuerlich absetzen. Das geht aus einer Entscheidung des Bundesfinanzhofes hervor (AZ: VI R 7/09). Bisher war es problematisch, die Kosten steuerlich abzusetzen, wenn auch nicht behinderte Mitbewohner die Umbauten nutzen konnten. In Zukunft wird nur darauf abgestellt, ob durch die Behinderung eine Zwangslage entsteht, die die Umbaumaßnahmen unausweichlich macht. Ist das der Fall, können die Kosten als außergewöhnliche Belastung geltend gemacht werden.

Ortsverband Worms-Wonnegau

Die Armutsgefährdung in Deutschland verfestigt sich

Die jüngst veröffentlichten Zahlen des Statistischen Bundesamtes zur Armutsgefährdung bewertete der SoVD-Ortsverband Worms-Wonnegau erschrocken als „dramatisch und beunruhigend“. In Deutschland verfestigte sich die Armut von 2006 auf 2007 auf einem hohen Niveau von 15 Prozent der Bevölkerung – und das noch vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008, mahnte der Wormser Vorsitzende, Heiner Boegler.

14,2 Millionen Menschen sind nach Auskunft des Statistischen Bundesamtes in Deutschland von Armut betroffen. Alarmierend sei die wachsende Armutsgefährdung bei Alleinerziehenden, die auf 36 Prozent angestiegen ist: Diese Mütter und Väter bräuchten jetzt Unterstützung und Hilfe, insbesondere eine deutliche Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder. Bei Arbeitslosen ist die Armutsgefährdungsquote von 51 Prozent auf 56 Prozent geklettert und selbst bei Erwerbstätigen sind immer noch 7 Prozent von Armut betroffen. Angesichts der Wirtschaftskrise drohten für diese Personengruppen weitere Verschlechterungen, prognostizierte der SoVD, und warnte vor einer Ausweitung des Niedriglohnssektors.

„Gerade wir in Worms, mit einem hohen Anteil von niedrig Entlohnerten, sollten uns der Auswirkungen bewusst sein“, erklärte Heiner Boegler. Er forderte: „Der Niedriglohnsektor darf nicht ausgeweitet werden und eine Vermittlung in den Niedriglohnsektor muss beendet werden.“

Besorgniserregend sei auch die Tatsache, dass 18 Prozent der über 65-jährigen Frauen akut armutsgefährdet sind. Die bevorstehenden Nullrunden in den Jahren 2010 und 2011 ließen insbesondere für Rentnerinnen in der gesetzlichen Rentenversicherung keine rosige Zukunft erwarten. Die drohenden zusätzlichen, einseitigen Belastungen für Arbeitnehmer und Rentner bei der gesetzlichen Krankenversicherung würden das zur Verfügung stehende, geringe Alterseinkommen noch weiter schmälern.